



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Europäische Union
Az.: 009-1, 009-9/wi
Tel.: 0391/56531-20
fiebig@landkreistag-st.de

24. April 2019

Rundschreiben Nr. 243/2019

„Die Zukunft der Daseinsvorsorge in Europa“; Positionspapier des Rates der Gemeinden und Regionen Europas

Kurzfassung:

Vor dem Hintergrund der neuen Mandatsperiode im Europäischen Parlament und der Neubesetzung der EU-Kommission hat der Rat der Gemeinden und Regionen Europas ein Positionspapier zur Zukunft der Daseinsvorsorge in Europa verabschiedet. Damit ist es gelungen, eine europaweit einheitliche Positionierung aller kommunalen Gebietskörperschaften zur Rolle kommunaler öffentlicher Dienstleistungen zu erarbeiten. Das Papier stellt Forderungen zum öffentlichen Auftragswesen, zu den staatlichen Beihilfen und der internationalen Handelsabkommen auf. Kernforderung ist, eine europäische Überregulierung öffentlicher Dienstleistungen zu vermeiden sowie das kommunale Selbstverwaltungsrecht aufrechtzuerhalten.

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)/Council of European Municipalities and Regions (CEMR) hat auf der Tagung des Hauptausschusses am 11. Dezember 2018 im Landkreis Ludwigsburg das Positionspapier „The future of Public Services in Europe - Strong public services through local governments“ verabschiedet. Nunmehr hat die Deutsche Sektion des RGRE eine deutsche Fassung zur Verfügung gestellt (**Anlage**).

Mit dem Papier ist es gelungen, im Rahmen eines zweijährigen Prozesses und zahlreicher Sitzungen von Experten und Vertretern nationaler Kommunalverbände in Brüssel eine europaweit einheitliche Positionierung aller kommunalen Gebietskörperschaften zur Rolle kommunaler öffentlicher Dienstleistungen zu erarbeiten. Hintergrund des Positionspapiers ist die neue Mandatsperiode im Europäischen Parlament nach der Europawahl sowie die Besetzung der neuen EU-Kommission ab November 2019.

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

E-Mail : verband@landkreistag-st.de
Internet : www.kommunales-st.de

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

Die Erstellung des Papiers wurde auf politischer Ebene von *Dr. Christoph Schnaudigel*, Landrat des Landkreises Karlsruhe und Sprecher des CEMR für öffentliche Dienstleistungen (CEMR-Spokesperson on Public Services) maßgeblich begleitet. Der Deutsche Landkreistag hat seine Positionen und Forderungen umfassend in das Papier eingebracht.

Das Papier behandelt die Regelungsbereiche des öffentlichen Auftragswesens, der staatlichen Beihilfen und der internationalen Handelsabkommen für öffentliche Dienstleistungen:

- Im Bereich des öffentlichen Auftragswesens werden verbindliche strategische Vergabeziele (innovative, grüne und soziale Kriterien) abgelehnt und mehr Flexibilität für die regionale Auftragsvergabe (sog. „buy local“- Ansatz) gefordert.
- Bei staatlichen Beihilfen fordert der RGRE Vereinfachungen durch umfassendere beihilfefreie „rein lokale“ Maßnahmen, Gruppenfreistellungen und erhöhte De-minimis-Schwellen.
- Für künftige internationale Handelsabkommen werden vor allem eine stärkere Einbeziehung der kommunalen Verbände und Ausnahmeklauseln für öffentliche Dienstleistungen angemahnt.

Für alle Bereiche fordert der RGRE eine europäischen Überregulierung öffentlicher Dienstleistungen zu vermeiden sowie die Vorschriften zu vereinfachen. Er befürwortet mehr Flexibilität für kommunale Behörden. Gleichzeitig betont das 13-seitige Papier die Bedeutung der primärrechtlich garantierten Ermessensspielräume der Behörden in kommunalen Angelegenheiten sowie das Recht auf kommunale Selbstverwaltung.

Der RGRE beabsichtigt, die Forderungen aus dem Papier zu Beginn der neuen Mandatsperiode und somit frühzeitig in die europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse zu Regelungsfeldern einzubringen, die das Erbringen öffentlicher Dienstleistungen auf kommunaler Ebene wesentlich beeinflussen. Dazu wird es den neu gewählten Parlamentariern zu Beginn der neuen Legislaturperiode übergeben und den Mitgliedern der neuen EU-Kommission sowie den Kommissionvertretern auf höchster politischer Ebene in den Generaldirektionen Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, Wettbewerb sowie Handel in persönlichen Gesprächen der CEMR-Spokesperson on Public Services vorgestellt.

Darüber hinaus ist eine politische Konferenz zu öffentlichen Dienstleistungen in Brüssel geplant, um den RGRE-Forderungen eine möglichst große Breitenwirkung für die neue Mandatsperiode auf dem gesamten politischen Brüsseler Parkett zu verleihen.



Theel

Anlage